

Antrag

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 11.01.2010

Die Landesregierung muss Klarheit schaffen - Wie teuer ist der Schulbesuch?

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Das Ziel eines gerechten und inklusiven Bildungssystems muss es sein, dass jede Schülerin und jeder Schüler unabhängig vom eigenen Geldbeutel und dem der Eltern gefordert und gefördert werden kann. In Niedersachsen zeigt sich jedoch ein hoher Zusammenhang zwischen der weiterführenden Schulform und dem sozialen Hintergrund der Eltern. Um diesen Zusammenhang zu mindern und die Teilhabemöglichkeiten der Kinder aus ärmeren Familien zu verbessern, müssen daher in einem ersten Schritt sämtliche Formen von privaten Schulkosten ermittelt und bewertet werden. Dabei sind verpflichtende Ausgaben (Kosten für Unterrichtsmaterialien oder den Schulweg beispielsweise) und zusätzliche Ausgaben (Kosten für privaten Nachhilfeunterricht) zu unterscheiden. Gegenwärtig besteht ein großes Wissensdefizit wie teuer ein Schulbesuch in Niedersachsen wirklich ist.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf:

1. sämtliche Kostenarten, die aufgrund eines Schulbesuchs anfallen, sowie deren Höhe zu erfassen und auszuwerten. Dazu gehören beispielsweise Kosten für den Schulweg, die Lernmittel, das Mittagessen, Kopien von Unterrichtsmaterialien, Klassenfahrten, Benutzung/Erwerb eines (Schul-)Computers, die Anschaffung von für den Unterricht notwendigen Sachmitteln - beispielsweise im Kunst- oder Sportunterricht oder auch Taschenrechner, Hefte oder Stifte - sowie weitere Anschaffungskosten, etwa für einen Schulranzen und zusätzliche Kosten, die bei privater Nachhilfe oder freiwilligen Arbeitsgemeinschaften anfallen,
2. sämtliche Unterstützungsmöglichkeiten für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen diesen Kosten gegenüberzustellen und
3. dem Landtag umfassend und unverzüglich über diese Analyse zu berichten und gleichzeitig darzulegen, welche Maßnahmen sie in der Folge ergreifen wird.

Begründung

In ihrer Antwort auf die Große Anfrage „Schule muss man sich leisten können“ der Fraktion DIE LINKE (Drs. 16/1445) führt die Landesregierung aus, dass „jede Schülerin und jeder Schüler unabhängig von ihrer oder seiner sozialen Herkunft oder gesellschaftlichen Stellung ihrer oder seiner Begabung entsprechend gefördert und gefordert wird“. Nach Ansicht der Landesregierung gibt es also keine soziale Schere im Schulwesen. In derselben Drucksache legt die Landesregierung jedoch dar, wie viele Schülerinnen und Schüler aus sozialen Gründen von der Bezahlung der Lernmittel befreit sind. Dieser Anteil stellt somit einen Gradmesser für die soziale Verteilung an den Schulen dar. Im Schuljahr 2008/2009 waren an der Grundschule 14,4 % von der entgeltlichen Ausleihe von Lernmitteln befreit, an Förderschulen waren es 43,8 %, an Hauptschulen 28,1 %, an Realschulen 13,8 %, an Gymnasien 4,4 %. Diese Zahlen stellen die eingangs zitierte Aussage der Landesregierung infrage.

Es ist eine zentrale Aufgabe der Politik, dafür Sorge zu tragen, dass Herkunft und finanzielle Möglichkeiten keinen entscheidenden Einfluss auf die Bildungs- und Zukunftschancen der nachfolgenden Generationen haben. Niemand kann akzeptieren, wenn Bildungs- und Zukunftschancen bereits mit dem ersten Atemzug vorgezeichnet sind.

In der Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE wurde deutlich, dass die Landesregierung zu vielen Teilbereichen der privaten Schulkosten überhaupt nicht aussagefähig ist, weil sie keine Kenntnis vom Umfang der Kosten hat. Bei Fragen zu den Bereichen Lernmittelfreiheit, Schulverpflegung, Schulbibliothek, Kopierkosten, Schulcomputer, weitere Unterrichtsmaterialien, Schülerbeförderung und weiterer Sachmittelbedarf hat die Landesregierung insgesamt 30-mal geantwortet, dass sie mangels näherer Kenntnis keine genaueren Angaben zu den Kosten machen könne. Die Daten und Schätzwerte, die genannt werden konnten, ergeben summa summarum einen erheblichen Betrag für Familien mit schulpflichtigen Kindern, der durchaus 100 Euro pro Person und Monat überschreiten kann. Für Familien mit schmalem Geldbeutel sind diese Kosten kaum zu tragen, weswegen sie zwangsweise auf das unbedingt Notwendige reduziert werden (müssen), während wohlhabendere Familien ihren Kindern weitergehende Unterstützungsleistungen gewähren können.

Um ein sozial gerecht(er)es Bildungssystem erreichen zu können, ist eine umfassende Ist-Analyse notwendig sowie eine Strategie, wie es Bund, Land und Kommunen gelingen kann, Bildungschancen unabhängig(er) vom Geldbeutel zu organisieren. Dazu bedarf es einer vollständigen Auflistung aller anfallenden Kosten, die im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Schulbesuch stehen.

Christa Reichwaldt
Parlamentarische Geschäftsführerin